

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Kadernowald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beu in. Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 28

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halver

Dienstag, den 3. Februar

Erscheint: wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, — „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1931

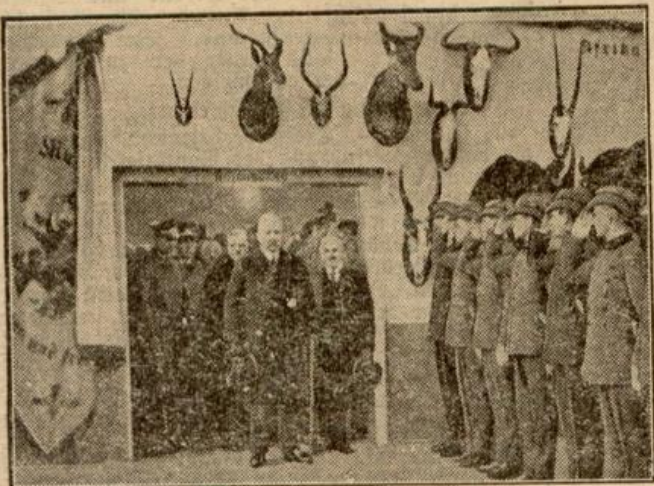
Heerschau der „Grünen Front“

Der Kampfruf.

Der Reichslandbund zu Politik und Wirtschaft.

Unter einem Andrang, der an die alten Zeiten der Zolltarifkämpfe des Bundes der Landwirte erinnert, wurde im Zirkus Busch die 10. Reichslandbundtagung eröffnet. Daß die wohlberedete Demonstration des Einmarsches der Junglandbundbanner mit schwarzen Trauerfloren der allgemeinen Stimmung der Versammlung entsprach, erwies sich gleich bei der Eröffnung durch den Präsidenten Lind. Der heftige Kleinbauer und Dorfbürgermeister findet aus vollem Eigenerleben heraus den richtigen Ton, der in diesem Kreise seiner Berufsgenossen Widerhall findet, wenn er der Reichspolitik vorwirft, sie sei „zu einer von der Rücksicht auf die Straße diktierten Preispolitik“ geworden, und wenn er zu einer Wiederherstellung der Beharrlichkeit aufruft, damit das Vaterland wieder frei werde und der Landwirt sein Zinsentrecht bleibe. Der zweite Präsident, Graf von Kaldreuth, ging ausführlich die gesamte Wirtschaftspolitik des Kabinetts durch und erntete den lauesten Beifall, als er zur Begründung des Margarine-Deklarationszwanges mit breitem Humor über die Vornehmheit spottet, welche sich über die altväterliche Margarinefalle erhoben dünn, aber Walfischtran mit Sojabohnenöl als neuen Gipfelpunkt der Ernährungskultur genießt. Als brandenburgischer Sandbauer beschwor der dritte Präsident Bethge das Andenken Röstes und forderte Kampf gegen diese Reichsregierung, Rückkehr zur Bismarck-Politik und Schaffung eines neuen Reiches. Nach dem Schluß der offiziellen Reden mußte auf allgemeines Verlangen der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete von Oldenburg-Januschau an der Spitze sprechen, wo er früher so große Triumphe errungen hat. Er bekannte sich unter stürmischem Beifall als unwandelbarer Royalist, sagte der Futtertrippenswirtschaft Kampf bis zum letzten Atemzuge an und erklärte, daß nur eine starke Rechte die Landwirtschaft vor der Verzweiflung retten könne.

Eine Entschließung, die nicht zur Verlesung und Abstimmung gestellt wurde, sondern stillschweigend als angenommen galt, verlangt sofortige wirksame Hilfe insbesondere für die Veredelungswirtschaft, für Roggen und Kartoffeln usw., spricht der Reichsregierung tiefstes Mißtrauen aus und fordert von den Landbundmitgliedern festgeschlossene Einmütigkeit.



Hindenburg auf der „Grünen Woche“.

Kampfstimmung im Landbund.

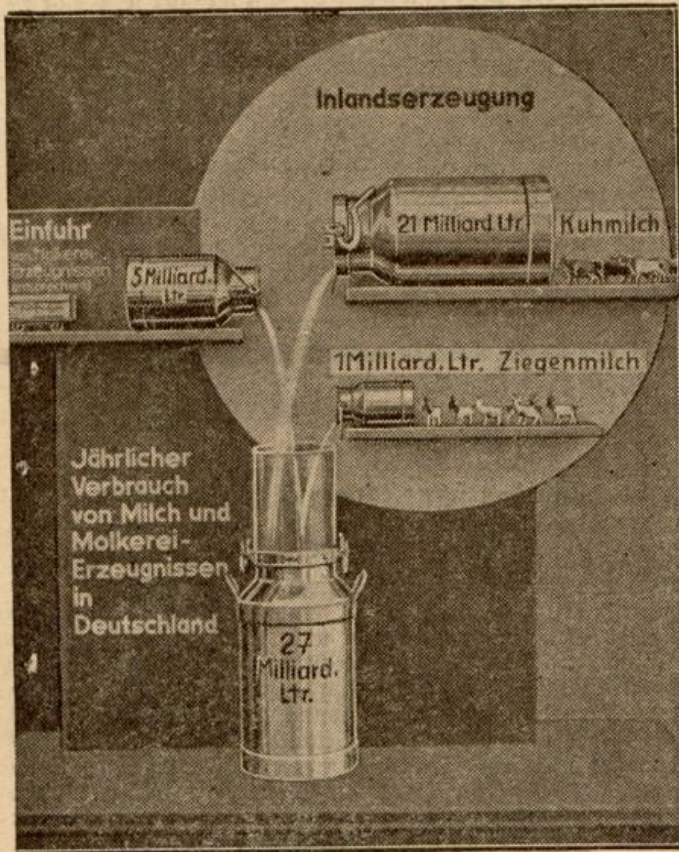
In seinem Hauptreferat führte Graf v. Kaldreuth folgenden aus: Zehn Monate seien seit dem Tage der Osterbotschaft des Reichspräsidenten verfloßen. Das Kabinett Brüning habe manches für die Erhaltung der deutschen Landwirtschaft getan; aber der Erfolg sei ihm verjagt geblieben. Mit Bedauern wies Graf von Kaldreuth darauf hin, daß

der Reichsverband der deutschen Industrie in den letzten Wochen kein Mittel unversucht gelassen habe, der Landwirtschaft bei der Schaffung der praktischen Vorbedingungen auf die Wiedererlangung der landwirtschaftlichen Rentabilität Steine auf den Weg zur Rettung zu legen. In der Nachmittagszeit seien im reinen Industrieerportinteresse eine Reihe von Handelsverträgen abgeschlossen worden, die gerade die intensivste Form deutscher Landwirtschaft, den Gemüse-, Garten- und Obstbau sowie die Geflügelwirtschaft, der Schleudereinfuhr des Auslandes preisgäben. Nur durch Lösung dieser Bindungen sei es möglich, wirksamen Schutz zu schaffen. Daher müsse auch der sogenannte Genfer Zollfrieden, der versuche, diese unhaltbaren Zustände zu stabilisieren, ebenso wie der polnische Handelsvertrag von Deutschland abgelehnt werden.

Neben der Notwendigkeit der Rückdrängung der ausländischen Lebensmittelfuhr stehe die Notwendigkeit, einen Ausgleich zu schaffen zwischen Angebot und Nachfrage deutscher Waren auf deutschem Markt.

Auch hier seien die Maßnahmen der Regierung völlig unzureichende Wege gegangen oder hätten die vorhandenen Möglichkeiten überhaupt ungenutzt gelassen. Man werfe der Landwirtschaft vor, daß sie ohne Rücksicht auf die Notlage des Volkes Preise fordere, die in einem völligen

Mißverhältnis zu den Agrarpreisen im Auslande ständen. Die Landwirtschaft erhalte aber für die von ihr auf den Markt gebrachten Waren nur etwa 10 bis 11 Milliarden Mark, während der Verbraucher für dieselben Waren 25 Milliarden Mark zahle. In dieser ungeheuren Spanne lägen noch starke Verbilligungsmöglichkeiten, die im Interesse der armen Schichten ausgewertet werden könnten. Selbst



Eine interessante Milchstatistik.

verständlich sei die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität nicht lediglich durch Erhöhung der Einnahmen, sondern auch durch Senkung der unerträglich hoch gewordenen zwangsläufigen Ausgaben zu erstreben.

Die Steuern und Lasten, welche heute die Landwirtschaft in ungleich höherem Verhältnis, besonders in Form von Grundsteuern, Schul- und Wegebaulasten zu zahlen habe, müßten auf ein erträgliches Maß gesenkt werden. Auch auf diesem Gebiet sei bisher nichts Durchgreifendes geschehen. Nicht einmal für den notwendigen Senkung der allgemeinen Lasten und das vom Reichslandbund geforderte Steuernotjahr durchgeführt worden. Die in dem Osthilfegesetz vorgesehenen Einzelbetriebsbeihilfen seien ein Herd der Korruption. Der Reichslandbund sei der Auffassung, daß die Kontrolle und Durchführung der Umschulung lediglich in die Hand des Berufsstandes gelegt werden müsse. Jedes Osthilfegesetz aber bedeute einen Schlag ins Wasser und Vergewandung von Mitteln der Allgemeinheit, wenn es nicht von grundlegenden Maßnahmen zur Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität begleitet werde.

Vier große Aufgaben

müßten sofort der Lösung entgegengeführt werden, wenn nicht Deutschland rettungslos der völligen Katastrophe entgegenstehen solle: 1. Rettung der Landwirtschaft vor dem völligen Erliegen. 2. Befreiung der deutschen Wirtschaft von den Fesseln des Young-Planes. 3. Abbau der die Hälfte des Arbeitsverdienstes des deutschen Volkes aufzehrenden Ausgaben der öffentlichen Hand. 4. Umschulung der gesamten sozialen Fürsorge aus ihrer heutigen Form.

Die Regierung Brüning habe es bisher nicht verstanden, sich aus parteipolitischen Fesseln zu lösen, obwohl die Form ihrer Berufung durch den Reichspräsidenten ihr die

Die Machtprobe.

Selbst die Sehergabe der besten politischen Propheten versagt diesmal beim Wiederauftritt des Reichstages. Gewiß sind die Beratungen über den Reichshaushalt des Jahres 1931 bisher noch nicht derart gewesen, daß es dabei zu entscheidenden Auseinandersetzungen kam, aber diese Entscheidungen stehen eben noch aus, man hat im Reichshaushaltsausschuß die politisch wirklich wichtigen Teile dieses Haushalts noch gar nicht behandelt. Ihn durchzuberaten, ihn dabei auch in Einnahmen und Ausgaben wirklich ins Gleichgewicht zu bringen, ist die Hauptaufgabe bei den jetzt beginnenden Verhandlungen im Plenum — wenigstens die parlamentarische Hauptaufgabe! Die Opposition aber hält es für wesentlich, zunächst die politische Zielsetzung in den Vordergrund zu schieben: eine wirkliche Sanierung ist nur möglich durch eine politische Kurschwengung, die auf das Ergebnis der Septemberwahlen entsprechende Rücksicht nimmt. Geht das nicht mit Brüning und seinem Kabinett, dann eben gegen ihn. Und so werden die kommenden Verhandlungen von dem Versuch der Opposition begleitet sein, durch Angriffe auf die Regierung jenes politische Ziel der Kurschwengung zu erreichen.

Auch bei den Parteien, auf die sich das Kabinett Brüning einigermassen stützen kann, ist eine volle Einigung über die Behandlung des Reichshaushalts bisher anscheinend noch nicht ganz erreicht. Bekanntlich verlangt die Deutsche Volkspartei nach wie vor noch eine weitere Kürzung der Reichshaushaltsausgaben um mindestens 300 Millionen. Man glaubt dort nicht, daß die Vorschläge hinsichtlich der Einnahmen genügend der Wirtschaftskrise Rechnung tragen, man will also rechtzeitig Vorsorge dagegen treffen, daß der ja leider bereits vorhandene, nur durch Kredite „gedeckte“ Fehlbetrag nicht noch größer

wand habe dazu geboten habe. Sie habe es auch nicht verstanden, nach den Wahlen vom 14. September die

stark auflodernde nationale Bewegung zu erfassen und in ihr eine Stütze für notwendige, aber zwangsläufig unpopuläre Gesundheitsmaßnahmen zu suchen. Der Reichslandbund werde seinen Kampf um die Rettung der Landwirtschaft und damit die Rettung des deutschen Volkes ohne Bindung an Parteien durchführen. Angesichts der starken Kräfte, die sich entgegenstellten, werde dieser Kampf ungeheuer schwer sein und nicht von heute auf morgen zum vollen Erfolg führen. Heute dürfe die neue Aufgabe der produktiven Umstellung und der systematischen Absatzregelung nur dann mit voller Kraft von der Landwirtschaft aufgenommen werden, wenn ihr die geforderten Sicherheiten geboten seien. Zur Erhaltung seines Betriebes aber werde auch jeder Landwirt, der seine Kreditmöglichkeiten erschöpft sehe, sich, ehe er sich

der letzten Barmittel durch Steuerzahlung beraube, die Frage vorlegen müssen, ob er dann auch noch die zur Fortführung seiner Wirtschaft notwendigen Barmittel bis zur neuen Ernte sicherstellen könne.

Wenn nicht, dann sei es Pflicht jedes Landwirtes, im Rahmen der gesetzlich zulässigen Mittel alle Hebel anzusetzen, um nicht durch Steuerzahlung sich der Möglichkeiten der Erhaltung seines Betriebes zu begeben. Die Erhaltung der Produktionsfähigkeit der Scholle sei heute die wichtigste Pflicht des Landwirts dem Vaterland gegenüber.

In seiner Schlussansprache stellte der Präsident des Reichslandbundes, Bauernhofbesitzer Bethge, fest, daß der Kampfblock des Reichslandbundes nötiger denn je sei, Parteihader dürfe ihn nie zum Erliegen bringen. Der Reichslandbund bleibe außerhalb der Parteien.

Präsident Bethge schloß mit dem Kampfruf an die deutsche Landwirtschaft: „Fort mit diesem System! Kampf dieser Reichsregierung! Zurück zur Bismarck-Politik, zu einer Politik der Bodenständigkeit! Der alte preussische Grundsatz „Jedem das Seine“ muß wieder zu Ehren kommen!“

Die Märzbotschaft gab neuen Mut.

Die Präsidenten des Reichslandbundes haben an den Reichspräsidenten von Hindenburg folgendes Telegramm gerichtet:

„Tausende von Landwirten aus allen Teilen des Reiches entbieten ihrem Ehrenmitglied ehrfurchtsvolle Grüße. Sie halten fest an der Märzbotschaft, die neuen Mut gab, und erhoffen in jehiger größter Not sofortige Einlösung des Auftrages des Reichspräsidenten.“

Das Versprechen des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident stattete der 6. Grünen Woche in Berlin einen längeren Besuch ab. Zu seiner Begrüßung hatten sich Reichsernährungsminister Schiele, Bürgermeister Scholz, der Direktor des Messeamtes, Dr. Schid, der Leiter der Grünen Woche-Berlin, Hans-Jürgen von Hake, der Präsident des Reichsagrarbundes, Alfons Prinz zu Hohenburg, der Präsident der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer, von Oppen, sowie eine Reihe Vertreter landwirtschaftlicher Körperschaften eingefunden. Nach eingehender Besichtigung der Tagdausstellung verweilte der Reichspräsident längere Zeit in dem landwirtschaftlichen Teile der Ausstellung.

Bei seinem Besuch wurde Reichspräsident von Hindenburg vom Reichsernährungsminister, Dr. e. h. Schiele, empfangen und mit folgenden Worten begrüßt: „Die gesamte deutsche Landwirtschaft begrüßt Sie an der Schwelle der 6. Grünen Woche und dankt dem Herrn Reichspräsidenten aufrichtig für seinen persönlichen Besuch. Die deutsche Landwirtschaft erblickt darin erneut den Beweis des warmsten und regsten Interesses des Herrn Reichspräsidenten an dem Geschick des so schwer geprüften Berufsstandes.“

Die deutsche Landwirtschaft hat das Vertrauen zu dem Reichspräsidenten, daß er mit allen ihm zu Gebote stehenden und durchführbaren Mitteln dieses Geschick zum Besten zu wenden bemüht ist.“ Reichspräsident von Hindenburg antwortete darauf: „Das verspreche ich Ihnen.“

wird. Diese Ansicht über den zumindest gefährdeten Ausgleich im Reichshaushalt beschränkt sich aber nicht auf die Deutsche Volkspartei und — einen wirklich hieb- und stichhaltigen Ausgleich im Reichshaushalt zu schaffen, ist ja das Ziel Brünings ebenso politisch wie parlamentarisch. Der Reichshaushalt ist ganz abgestellt auf die lange Reihe der Notverordnungen; er soll und muß den Haushalt des Reiches wirklich „in Ordnung bringen“. Dr. Brüning hat oft genug betont, daß nur nach dieser Ordnung, nur unter dieser Voraussetzung auch in den Kampf um die Revision unserer Zahlungsverpflichtungen eingetreten werden kann. Ob es dem Reichszankler nun gelingen wird, einen derartigen Reichshaushalt in und — mit dem Reichstag durchzubringen, ist bisher jedenfalls noch in tiefes Dunkel gehüllt, und man flüstert schon nicht mehr, sondern spricht recht offen von der Möglichkeit, daß Dr. Brüning gegebenenfalls durch Notverordnung auch dem neuen Reichshaushalt Gesetzeskraft geben lassen will.

In dem Verhältnis des Reichszanklers und seines Kabinetts zu den Parteien der Opposition hat sich wesentlich nicht verändert, höchstens, daß sich auf beiden Seiten der Ton in diesem politischen Kampf noch verärgert hat. Aber das ist ja schließlich nicht einmal sehr auffallend, weil eben die parlamentarischen Auseinandersetzungen jetzt schneller eine Entscheidung auch in der „Politik“ herbeiführen werden. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man von einer bevorstehenden Machtprobe zwischen Regierung und Opposition spricht. Vereinbarungen, die schon recht weit gediehen sind, um wenigstens die Durchberatung des Reichshaushalts zu ermöglichen, werden schon bald einen Bruchstein abgeben; schon hier wird sich feststellen lassen, wie die politischen Kräfte im Parlament verteilt sind. Sicher ist heute eigentlich nur das eine: der Reichstag tritt in einen Tagungsabschnitt ein, in dem es zu schärfsten Kämpfen, zur Entscheidung kommen muß.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Reichspräsident von Hindenburg stattete der „Grünen Woche“ einen Besuch ab und wurde dort von Reichsminister Dr. Siehe begrüßt.

* Der Auswärtige Ausschuss beschäftigte sich mit der Tagung des Völkerbundes, über die Außenminister Dr. Curtius Bericht erstattete.

* Im Zirkus Busch in Berlin wurde die zehnte Reichslandtagung feierlich eröffnet.

* Nach 40jähriger unschuldig verbüßter Zuchthausstrafe ist jetzt im Kreise Köthen ein zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilter freigelassen worden.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Polnische Beschwerden wegen des Fliegers Grufe.

Die polnische Regierung hat wegen der Überfliegung polnischer Gebiete durch den Amateurlieger Grufe eine Beschwerde in Berlin überreichen lassen, in der auf die Verletzung der polnischen Grenzbestimmungen hingewiesen wird.

Luftfreundschaft mit der Tschechei.

Amlich wird mitgeteilt: Die in freundschaftlichem Geiste geführten Verhandlungen zwischen den Vertretern der deutschen und tschechoslowakischen Luftfahrtbehörden wurden abgeschlossen. Über das von den Luftverkehrs-gesellschaften beider Staaten in den kommenden Jahren zu befliegende Luftverkehrsgebiet wurde Übereinstimmung erzielt, so daß die beiderseitigen Luftverkehrswünsche in vollem Umfange erfüllt werden können. Das Ergebnis der Besprechungen wird den Regierungen unverzüglich zur Annahme unterbreitet werden.

Eine Klage vor dem Bayerischen Staatsgerichtshof.

Bekanntlich hat die nationalsozialistische Landtagsfraktion beim Bayerischen Staatsgerichtshof eine Klage eingereicht mit dem Antrag, alle seit dem 12. Februar 1930, dem Tage der Entscheidung über das Landeswahlgesetz, gefassten Beschlüsse des Bayerischen Landtages für ungültig zu erklären. Nunmehr wurde Termin zur mündlichen Verhandlung auf den 26. Februar anberaumt.

Tschechoslowakei.

Präsident Masaryk verteilt sein Geburtstagsgeschenk.

Präsident Masaryk hat jetzt über die Verteilung der 20 Millionen Tschechenkronen bestimmt, die ihm zum 80. Geburtstag auf Grund eines Parlamentsbeschlusses geschenkt worden waren. Die Verteilungsliste weist u. a. zwei Millionen Kronen für die Deutsche Gesellschaft für Wissenschaft und Kunst in der Tschechoslowakei, 100 000 Kronen für den Verein der Geschichte der Deutschen in Böhmen und 100 000 Kronen für die Deutsche Arbeitervereinigung für Volksgesundheit in der Tschechoslowakei aus. Eine Million Kronen sind zur Gründung einer Ungarischen Gesellschaft für Wissenschaft und Kunst in der Tschechoslowakei bestimmt.

Italien.

Acht Jahre faschistische Miliz.

Die faschistische Miliz feierte den achten Jahrestag ihrer Gründung. Im Laufe dieser acht Jahre haben 317 Schwarzhemden der Miliz ihr Leben im Dienste der Sache geopfert.

Aus In- und Ausland

Berlin. Der neuernannte polnische Gesandte Wysocki traf hier ein. Vom Auswärtigen Amt waren für das Protokoll Gesandtschaftsrat Röhre und der Dirigent der Ostabteilung, Vortragender Legationsrat von Motke, zum Empfang erschienen.

Berlin. Wie die Apostolische Nuntiatur mitteilt, hat der Papst den Dompfropf von Köln, Dr. Joseph Vogt, zum Bischof von Aachen ernannt.

Witow. Die polnische „Bank Lubow“ in Flatow hat hier eine Wohnung gemietet, in der demnächst eine Filiale dieser Bank eröffnet werden soll.

München. Das Erscheinen des Völkischen Beobachters wurde durch Beschluß der Polizeidirektion bis zum 7. Februar verboten. Anlaß zum Verbot gab der Artikel „Mussolini und Schubert“, dessen Ausführungen gegen Paragraph 5, Ziffer 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik verstoßen.

Wien. Bundespräsident Miklas hat dem Bruder des japanischen Kaisers, Prinz Takamatsu, das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik überreicht.

Wünsche für die Wohlfahrt.

(199. Sitzung.) tt. Berlin, 2. Februar.

Der Preussische Landtag setzte die allgemeine Aussprache zur zweiten Lesung des Wohlfahrts-Haushalts fort.

Abg. Frau Wachenheim (Soz.) machte auf die Gefahren aufmerksam, die die wirtschaftliche und politische Krise im Augenblick für die Wohlfahrtspflege bringe.

Abg. Hein-Barmen (Dtn.) war der Ansicht, daß das Wohlfahrtsministerium angesichts des Massenelends zur wichtigsten Verwaltung geworden sei.

Abg. Frau Dr. Bauer (Ztr.) hielt gerade bei unserer finanziellen Not die Heranziehung der privaten Einrichtungen für besonders erforderlich.

Abg. Schulz-Neudöhl (Komm.) erklärte, der zur Beratung stehende Wohlfahrts-Haushalt sei noch erbärmlicher als der vorjährige.

Abg. Wurm (D. Sp.) begrüßt die Zunahme der Neubauten im vergangenen Jahre. Die Aussicht für das laufende Jahr sei trübe. Eine wirkliche Gesundung unserer Wohnungsverhältnisse sei erst durch die Beseitigung der Zwangswirtschaft möglich.

Abg. Dr. Ponsid (Dt. Frakt.) tritt für die Schaffung von Einfamilienhäusern und Eigenheimen und für Flachbauten mit Gärten ein. Die Mittel der Hauszinssteuer sollten weniger verwendet werden für Großstadt- als für landwirtschaftliche Siedlungen.

Abg. Wenz (Wirtschaftspartei) erklärt, die Lage des Haus- und Grundbesitzes sei katastrophal. Tausende von Wohnungen stehen leer. Hinzu kommt die neue Sorge über die Deckung der erhöhten Zinsen für die Aufwertungsanleihe.

Abg. Hoff (Staatspartei) wies auf die staatliche Förderung der Neubautätigkeit hin, die eine teilweise Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft ermöglicht habe. Es wäre wünschenswert, wenn die Reichsaufsicht für Arbeitslosenversicherung Mittel für den Wohnungsneubau zur Verfügung stellen würde.

Abg. Drügemüller (Soz.) wandte sich gegen den Abg. Wenz, es müßten nach Möglichkeit die Herstellungskosten und die Mieten gesenkt werden, da sie für weite Kreise der Bevölkerung kaum noch erschwinglich seien.

Abg. Gove (Dtn.) meint, eine Gesundung des Wohnungswesens könne nur auf dem Boden der Privatwirtschaft erreicht werden.

Abg. Klost (Ztr.) forderte Hilfsmaßnahmen für die Gemeinden, die unter den Lasten aus der Arbeitslosigkeit zusammenbrächen. Gegen die Arbeitslosigkeit sei die Anregung einer Verkürzung der Arbeitszeit nachzuprüfen.

Regierung und Parlament gerüstet

Wieder Hochbetrieb im Reichstag.

Was man in den Wandelgängen erzählt.

Die parlamentarischen Arbeiten sind wieder in vollem Gange und die verschiedenen Ausschüsse, insbesondere der Haushaltsausschuss, haben für den Beginn der Reichstags-sitzung die notwendigen Vorarbeiten geleistet. Am Dienstag treten vor Beginn der Reichstags-sitzung dann noch die Nationalsozialisten, die Landvolkpartei, die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei zu Fraktions-sitzungen zusammen. Der Ältestenrat wird sich in den Vormittagsstunden über die Reihenfolge der Haus-haltsberatungen schlüssig werden und auch die Vorschläge der Mittelparteien über verschärfende Ab-änderungen einiger Teile der Geschäftsordnung zum Gegenstand seiner Beratungen machen. Die Reichs-tag-sitzung selbst beginnt um drei Uhr. Auf ihrer Tagesordnung stehen nur kleinere Vorlagen, u. a. die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über die Entschädigung der gewerbmäßigen Stellenvermittler. Nach der Sitzung wird neben anderen Fraktionen auch die der Deutschen Volkspartei zusammentreten.

Über die Stellung der Deutschen Volks-partei zu den kommenden Haushalts-beratungen erzählt man in den Wandelgängen, die sich jetzt nach der Pause wieder belebt haben aus maß-geblichen volksparteilichen Kreisen folgendes: Der viel-gekannte volksparteiliche Antrag, noch weitere Ersparnisse in Höhe von mindestens 300 Millionen vorzunehmen, geht nicht darauf aus, der Regierung Schwierigkeiten zu machen, sondern will im Gegenteil die Autorität der Regierung vor dem Reichstage und vor dem Lande stärken. Die Deutsche Volkspartei hat kein Ulti-matum an die Regierung gestellt, weil sie darauf ver-traut, daß das Kabinett in seiner Gesamtheit die Wichtig-keit dieser Gedankengänge nicht nur anerkennt, sondern für

Einzelaussprache auf Dienstag vertagt; außerdem zweite Lesung der Haushalte der Handels-, Bergverwaltung und Porzellanmanufaktur.

Eine deutschnationale Interpellation.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der es heißt: Am 24. November 1930 hat der „Preussische Disziplinarhof für die nichtrichterlichen Beamten“ einen Polizeihauptwachmeister mit Strafverurteilung und Kürzung des Dienst-einkommens um eine Gehaltsstufe bestraft, weil er an einer Stahlhelm-Veranstaltung als Tambourmajor teil-genommen hat. Die Begründung des Urteils kommt zu der Forderung, daß Polizeibeamte auch außerhalb des Dienstes nicht an Veranstaltungen von Verbänden teil-nehmen dürfen, die „nicht einwandfrei auf dem Boden der Verfassung“ stünden und gipfelt darin, daß es nicht einmal auf den politischen Charakter der betreffenden Veranstaltung, sondern „nur auf die Gesamteinstellung des Verbandes gegenüber der bestehenden Staatsform“ im allgemeinen ankomme. Das Urteil betrifft das Mit-glied eines Verbandes, zu dessen Ehrenmitgliedern der Herr Reichspräsident gehört und dessen einwandfrei legales Verhalten bekannt ist. Es verletzt die Grund-rechte der Artikel 118, 123, 124 und 130 Absatz II der Weimarer Verfassung.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um der Weimarer Verfassung auch in Preußen Geltung zu ver-schaffen und um zu verhindern, daß einseitig zusammen-gepackte Disziplinarkassen durch falsche Auslegung die Grundrechte beseitigen und ihnen die gewährleistete Frei-heit politischer Betätigung und der Vereinigung über-haupt entziehen?

Ein ernster innenpolitischer Konflikt.

Zwischen Zentrum und Deutschnationalen in Württemberg. Zwischen dem Zentrum und den Deutschnatio-nalen in Württemberg ist ein Konflikt entstanden. Der in verschiedenen Zeitungen veröffentlichte Aufruf des Evan-gelischen Ausschusses der Deutschnationalen Volks-partei wird vom Zentrum als beleidigend angesehen.

Der Zentrumsabgeordnete Bod erklärte in Ulm, er stelle im Einverständnis mit dem Staatspräsidenten und dem Vor-sitzenden des württembergischen Zentrums fest, daß das Zentrum nicht mehr den geringsten Wert darauf lege, mit der Deutschnationalen Volkspartei

in der Regierung zusammenzuarbeiten.

Es sei ein Gebot der Selbstachtung, daß man sich nicht mit Leuten in einer Arbeitsgemeinschaft befinde, welche die Ehre der politischen Mitarbeiter und Koalitionsgenossen ver-dächtigten. Die Parteileitung des Zentrums habe über-seits die Sache aufgegriffen. Wenn eine unbefriedigende Lösung erfolge, dann werde es notwendig werden, die poli-tischen Folgerungen zu ziehen.

Politische Schlägereien.

Bei einer Schlägerei in Neutlingen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten wurden vier Personen ver-letzt. In Wadnang wurde auf etwa 40 Stuhlgänger National-sozialisten von Kommunisten geschossen. Zwei National-sozialisten wurden schwer, ein dritter und vier Kom-munisten leicht verletzt. Aus einer Wirtschaft wurde mit Bierflaschen usw. auf die Nationalsozialisten geworfen.

Sachverständige werden berufen.

Regenstättungsuntersuchungsausschuss des Reichstags. Der Untersuchungsausschuss des Reichstages für die Regenstättungsaktion der Reichsregierung hat seine Be-ratungen fort. Abg. Stubben-dorf (Dtn.) gab eine längere Erklärung ab, in der er es als erwiesen bezeichnete, daß die Warenaktiengesellschaft Ray u. Naumann in Hamburg, eine Konzeptionsfirma der Getreideindustrie- und Kommissions-A. G., also eine derjenigen Stellen, die von der Regierung mit der Entzugsaktion betraut worden seien, jene Voreinfuhr von Getreide auf Grund ihrer guten Informationen veranlaßt habe, die die Hilfsaktion der Regierung un-wirksam gemacht habe. Nach längerer Aussprache kam der Ausschuss zu dem Beschluß, vier Generalsach-verständige heranzuziehen, und zwar je einen für den Getreidehandel, das Genossenschaftswesen, für die Vörsen-technik und für die Landwirtschaft. Als Sachverständiger für den Getreidehandel wurde Lehmann-Berlin ernannt, als Sach-verständiger für Vörsentechnik wurde der Berliner Vörsen-kommissar bestimmt, als Sachverständiger für die Landwirt-schaft Dr. Schindler vom Deutschen Landwirtschaftsrat. Der Sachverständige für das Genossenschaftswesen soll noch von der genossenschaftlichen Organisation benannt werden. Der Ausschuss vertagte sich dann auf Mittwoch.

ihre Durchführung Mittel und Wege findet. Die Fraktion legt Gewicht auf die Verabschiedung des Reichshaushalts auf legislativem Wege. Der außer gewöhnliche Weg der Notverordnungen führt nach ihrer Ansicht nur zur weiteren Stärkung der Verantwortungs-schein.

Um die Außenpolitik der Regierung.

In der Sitzung des Auswärtigen Aus-schusses des Reichstages erstattete zunächst der Außen-minister Dr. Curtius ein eingehendes Referat über die Genfer Tagung des Völkerbundes. Daran schloß sich eine lange Debatte. In den Verhandlungen spielte ein nationalsozialistischer Antrag eine besondere Rolle, der darauf hinausläuft, die Regierung möge den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund vorbereiten. Der Antrag wurde vom Ausschuss abgelehnt. Es ist anzunehmen, daß in den nächsten Tagen die auswärtige Politik im Reichstags-splendium zur Debatte gestellt werden wird, um die Entscheidung darüber herbeizuführen, ob die Mehrheit des Parlaments den Kurs der Regierung billigt oder nicht.

Die verschärfte Geschäftsordnung.

In der Reichskanzlei fand eine Besprechung über die Änderung der Geschäftsordnung des Reichstages statt, an der verschiedene Mitglieder des Reichskabinetts, darunter die Minister Dietrich und Birt, Mitglieder des Reichstagspräsidiums und zahlreiche Parteivertreter teilnahmen. Die Änderungen sollen nach dieser Beratung Gegenstand einer Besprechung des Ältestenrates des Reichstages sein.

Nationalsozialisten verlangen Reichstagsauflösung.

Die nationalsozialistische Reichstagsrat-tion hat folgenden Antrag eingebracht: „Der Herr Reichs-präsident wird ersucht, den Reichstag gemäß Artikel 25 der Reichsverfassung sofort aufzulösen.“

Scheckfälscher im Saargebiet.

32 000 Reichsmark erschwindelt.

Der Geschäftsführer der saarländischen Abteilung des Automobilklubs für Südwesteuropa Ludwig Collmar ist wegen Scheckfälschung und anderer betrügerischer Machen-schaften in Saarbrücken verhaftet worden. Collmar hatte mehr als 200 000 Frank (32 000 Reichsmark) von Angestellten des Klubs und einer Reihe von Mitgliedern erschwindelt. Auch hat er eine Reihe von Wechseln mit dem Namen seines Schwie-gervaters unterzeichnet.

Dem Handwerk fehlen die Festlichkeiten.

Beschäftigungslosigkeit wie nie zuvor.

Vom Reichsverband des deutschen Handwerks wird ge-schrieben: Die vorliegenden Berichte über die wirtschaftliche Lage des Handwerks im Monat Januar sind diesmal durchweg besonders ungünstig. Wohl gehört der Bericht-monat für die Mehrzahl der Handwerksberufe stets zu den stillen Geschäftsmonaten; in diesem Jahre hat jedoch, in Über-einstimmung mit der allgemeinen wirtschaftlichen Krise, das Beschäftigungs-niveau im Handwerk

einen Tiefstand erreicht wie nie zuvor.

Während in normalen Jahren wenigstens einige Bekleidungs-handwerke unter dem Einfluß der Festlichkeiten und sonstigen gesellschaftlichen Veranstaltungen in dieser Zeit sowie ein Teil der papierverarbeitenden Handwerke wie Buchdrucker und Buchbinder gut beschäftigt zu sein pflegen, melden in diesem Jahr auch diese Berufe übereinstimmend große Geschäftsstille. So berichtet beispielsweise das Friseur-gewerbe, das während der Faschingszeit

sonst stets Hochkonjunktur aufzuweisen hatte, weitere unge-nügende Beschäftigung. Auch in der Herren- und Damen-schneiderei fallen die sonst üblichen Aufträge für Gesell-schaftskleidung nahezu völlig aus. Die Nahrungs-mittelhandwerke haben ebenfalls unter der zunehmenden Arbeitslosigkeit sowie unter der allgemeinen

Einschränkung der Festlichkeiten

empfindlich zu leiden. — Trotz verhältnismäßig milder Witterung, die eine Weiterführung der Vantätigkeit mit nur kurzen Unterbrechungen gestattet hatte, ruhte die Tätigkeit des Bauhand- und der Baubewerke fast völlig. Buch-drucker und Buchbinder haben unter den allgemeinen Sparmaßnahmen der Behörden sowie dem Rückgang der ge-werblichen und industriellen Produktion sowie der Handels-umsätze sehr zu leiden. In ländlichen Gebieten behindert die anhaltende Notlage der Landwirtschaft zurzeit noch jeden Aufschwung. — Stark verschlechtert hat sich der Arbeitsmarkt im Handwerk. Als natürliche Folge des allgemeinen Kon-junkturrückganges haben sich die Verhältnisse am Geld- und Kreditmarkt immer mehr verschlechtert.

Das Borgunwesen

nimmt zu. Namentlich läßt der Zahlungseingang aus den vielen Abzahlungsverträgen anlässlich des Weihnachts-geschäftes recht zu wünschen übrig. — Die Rohstoffpreise haben unter dem Druck der Preisabbaubewegung zum Teil nachgelassen. Doch sind diese Preisentfaltungen noch nicht erheb-lich genug, um eine Senkung der Fertigwarenpreise zu ermög-lichen, die ausreichend ist, um einen Anreiz zu erhöhten Auf-trägen zu schaffen.

Der Verdienst ist auf ein Mindestmaß herabgedrückt, um dem starken Wettbewerb begegnen zu können. Vielfach werden Aufträge ohne jeden Verdienst übernommen, um eine Schlie-ßung der Betriebe vermeiden zu können.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 3. Februar 1931.

* Keine Kirmes mehr auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Bei Volksfesten und Schaustellungen aller Art, wie Kirmes, Schützenfest und dergl., war es mancherorts bisher vielfach üblich, daß eine Reihe von Verkaufsbuden und Zelten an oder gar auf Verkehrsstraßen aufgestellt wurde. Bei großem Besuch der Veranstaltungen wurde der Durchgangs- und Anliegerverkehr erheblich behindert. Es sind daher vielfach Polizeiverwaltungen dazu übergegangen, bei solchen Anlässen die in Frage kommenden Straßen für den Durchgangsverkehr zu sperren. Der Oberpräsident sowie der Landeshauptmann der Provinz Westfalen haben in der letzten Zeit nun mehrfach darauf hingewiesen, daß es im Interesse der Sicherheit des ständig zuneh-menden Verkehrs nicht mehr angängig ist, solche Volksfeste und Veranstaltungen an Verkehrsstraßen zuzulassen. Solche Feste sollen daher in Zukunft nur noch auf privaten Plätzen abgehalten werden.

Salver

— Ein Modelunfall. Am Sonntag nachmittag erlitt ein junges Mädchen von hier ein bedauerlicher Un-fall. Beim Model im Hölzchen stürzte das Mädchen und erlitt dabei einen Beinbruch. Sanitätsrat Köhler legte den ersten Verband an und sorgte für die Ueberführung ins Liden-scheider Krankenhaus.

Herd und Scholle

Beilage zum „Allgemeinen Anzeiger“ und „Schaltsmühler General-Anzeiger“.

Das Reich der Frau.

Deutsche Bauernnot.

Gedanken zur Eröffnung der „Grünen Woche Berlin“ am 30. Januar.

Die Zeiten, daß der Städter glaubte, die wirtschaftliche Not mache sich nur ihm fühlbar, während der Landwirt weiter sorglos leben könne, sind wohl endgültig vorbei! Zwar die unbeschreiblichen Toren oder die böswilligen Heher werden nie alle werden, die Wirklichkeit spricht aber heute eine zu deutliche Sprache, als daß sie von jenen überhört werden könnte. Groß ist die Not in den Städten, groß ist das Leid auf dem Lande. Gemeinsames, gegenseitiges Verständnis und gegenseitige Hilfsbereitschaft könnten Hilfe bedeuten, wenn die Voraussetzungen dafür von der Regierung geschaffen würden. Leider sind wir davon noch weit entfernt! Seit Jahren gingen die Bestrebungen der deutschen Landwirtschaft dahin, die Produktion der deutschen Scholle zu heben. Auch auf den Gebieten, die insonderheit der Landfrau sowohl im Groß- als auch im Kleingrundbesitz unterstellt sind, nämlich in der Geflügelzucht, im Garten- und Obstbau, in der Milchwirtschaft, ist von den Landwirtschaftlichen Hausfrauenvereinen fördernde, belehrende Arbeit geleistet worden. Überall intensive Wirtschaft und auch sichtbare Erfolge durch erhöhte Erträge, und doch keine Minderung der wirtschaftlichen Not, doch weiterhin auf dem Lebensmittelmarcht ein Ueberwiegen von Auslandsware, die in scheinbar tadelloser Qualität und zu billigerem Preise angeboten wird. Woran liegt das? Hier den Grund suchen und ihn beheben, heißt das Uebel bei der Wurzel packen.

Seider sind alle bisherigen Vorschläge in dieser Richtung von unserer Regierung nicht befolgt worden. Sie hat sich bisher mit Mahnungen und Versprechungen an die Landwirtschaft begnügt, ihre verhängnisvolle Zoll- und Steuerpolitik aber fortgeführt und dadurch alle Bestrebungen der einzelnen zu Grunde gemacht. Denn einerseits die Produktion heben und nicht gesunde Absatzmöglichkeiten schaffen und andererseits Auslandsware zollfrei ins Land lassen und dafür billigere Frachttarife gewähren als unserer heimischen Produktion, das sind keine Hilfsmaßnahmen, sondern das bedeutet, den Ruin von Einzel- und Volkswirtschaft herbeizuführen. Durch die übermäßige Belastung der Landwirtschaft, durch Steuern und soziale Lasten sind die Produktionskosten für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse gestiegen, weit über den Produktionspreis des Auslandes. Dazu kommen Transportkosten, die die Ware noch verteuern, nicht nur durch die hohen Frachttarife, sondern auch durch die teilweise gänzlich unzulänglichen Verkehrsverhältnisse. Ohne gute und preiswerte Transportbedingungen ist keine Absatzmöglichkeit, zumal für leicht verderbliche Ware, wie Gartenerzeugnisse und dergleichen, und ohne Absatzmöglichkeit für das flache Land ist keine Belebung unseres Innenmarktes möglich, von der das Wohl und Wehe unserer gesamten Volkswirtschaft abhängt. Die Erfahrung der letzten Jahre geht dahin, daß die intensive Wirtschaft mit großen Kosten verbunden ist, sich aber, der eben erwähnten Umstände halber, nicht rentiert. Die Einnahmen aus Hof und Garten, deren Betreibung, wie schon gesagt, im allgemeinen der Landhausfrau sowohl bei Groß- als auch bei Kleingrundbesitzern untersteht, fließen meist in die Kasse der Hausfrau, deren alleinige Geldquelle zur Bestreitung der Kosten des Haushalts, der Familie (außerhalb der eigentlichen Ernährungskosten) sie darstellen. Ihr Verbleiben bedeutet ungeheuren Verlust, nicht nur in materieller, sondern auch in ideeller Beziehung. Die Freude an der Produktion, der Wille zur Arbeit erlahmen, wenn der klingende Erfolg ausbleibt, und sogar statt des erhofften Plus ein Defizit am Jahresende errechnet wird. Kann man sich wundern, wenn unter solchen Verhältnissen die Produzenten dazu übergehen, nur noch für den eigenen Bedarf zu produzieren, und dadurch als Versorger der Allgemeinheit, als tätiges Glied der Volkswirtschaft, auscheiden? Vielfach sind es zur Zeit erst nur einzelne, die notgedrungen sich dazu entschlossen haben; wie schnell kann aber aus dem einzelnen die Allgemeinheit werden! Und dann müßten wir es erleben, daß die deutsche Scholle nicht mehr das deutsche Volk ernähren würde, dann würde die Abhängigkeit vom Ausland in der Lebensmittelfuhr nicht mehr wie jetzt eine leichtfertige Erlaubnis und unbekümmert gewollte, sondern eine zwangsläufige Notwendigkeit sein, die uns weiter zum Elaven des Auslandes machen muß.

Möchte in diesen Tagen, wo in der „Grünen Woche“, wie alljährlich, auch in diesem Jahr der höchsten wirtschaftlichen Not die Belange der Landwirtschaft erörtert werden sollen, das rechte Wort gefunden werden, um die verantwortlichen Leiter unseres bedrohten Vaterlandes aufmerksam zu machen und sie endlich zu Maßnahmen zu veranlassen, die den Schutz unserer landwirtschaftlichen Produktion, die Hebung unseres Innenmarktes und dadurch die Gesundung unserer Volkswirtschaft herbeiführen und sichern können.

Die schwärzesten Fleckformen werden wieder sauber, wenn man sie einige Zeit in kochendem Salzwasser liegen läßt und darauf mit einem geeigneten Tuch trocken reibt.

Farbenpinsel reinigt man in Terpentinöl, und zwar sofort nach dem Gebrauch. Ist die Delfarbe oder der Lack schon angetrocknet, so müssen die Pinsel längere Zeit in dem Terpentinöl hängen.

Küche und Haus.

Pasteteig. Man gibt 1 Pfund feines Mehl in eine Schüssel, salzt es schwach, gibt etwas Wasser hinzu und verreibt es sorgfältig damit. Dann bringt man den Teig auf ein mit Mehl bestreutes Backbrett und wellt den Teig so groß wie möglich darauf aus. Ein Pfund ganz kalte gute Butter wird in Scheiben aufgeschritten, der Teig zusammen geschlagen, ausgewellt bis er ganz dünn ist, wobei man zuweilen Mehl auf das Brett streut, damit der Teig nicht anklebt. Dann legt man ihn drei- bis viermal zusammen und wellt ihn noch einmal aus. Zum Schluß wird der Teig einen halben Finger dick ausgerollt; er muß auf allen Seiten so gut mit Mehl bedeckt sein, daß die Butter nirgends austritt. Die Zubereitung muß an einem kühlen Ort vorgenommen werden, auch soll der Teig vor Gebrauch etwas ruhen, bis er wieder vollständig erkaltet. Aus diesem Teig macht man mit einem Glase Kreise, füllt sie mit der dazu bestimmten Farcie, legt einen Deckel, der

daraufliegt, auf die Pastete, bestreut sie mit einem verquirlten Ei, legt sie auf ein mit Mehl bestreutes Backblech und backt sie bei starker Mittelhitze. Die Füllung tut man in die Pastete, solange diese noch heiß ist.

Hammelpastete. Man legt eine tiefe Schüssel mit Pasteteig aus; nimmt 1 Pfund Hammeltotelets, schneidet die Knochen heraus, wäscht die Totelets, bestreut sie mit Salz und Pfeffer, brät sie schnell auf beiden Seiten in guter Butter und legt sie in die tiefe Schüssel auf den ausgerollten Pasteteig. Darauf streut man eine große, feingehackte Zwiebel, gibt vier Eßlöffel Reibebrot dazu und legt wieder Totelets darüber, bis alle Zutaten verbraucht sind. Dann gießt man die Lunte, in welcher das Fleisch gebraten wurde, hinein, und fügt soviel Wasser hinzu, daß es fast mit dem Fleisch gleich hoch steht, und legt den Teigdeckel auf diese Pastete. Diese Pastete backt man einundvierzig Stunden.

Pastete von Schinkenresten. Man hackt ein halbes Pfund gekochten Schinken mit dem Fett und einer großen Zwiebel zusammen recht fein, schlägt drei bis vier Eier zu dieser Farcie, gibt etwas Mustat und ein viertel Liter Sahne daran und rührt alles gut durch. Man bereitet einen Pasteteig, schneidet eine Scheibe davon, legt sie in eine mit guter Butter ausgebutterte Pastetenform oder Kasserolle, streicht einen Finger dick von der Schinkenfarcie darüber, gibt wieder eine Scheibe Teig darauf und fährt so lange fort, bis ein Stück Pasteteig den Schluß macht. Bei guter Oberhitze läßt man die Pastete eine Stunde lang backen und serviert sie umgestürzt zur Tafel.

Pastetchen mit Hechtfüllung. Man nimmt einen Hecht von mittlerer Größe, nimmt ihn aus, wäscht ihn und legt ihn in kochendes Salzwasser, worin man ihn garziehen läßt. Dann läßt man den Fisch abtropfen, befreit ihn von Haut und Gräten und teilt das Fleisch in kleine Stücke. Dann bräunt man zwei feingehackte Zwiebeln mit zwei Eßlöffeln Mehl in guter Butter, fügt etwas Pfeffer, Mustat und Fischwasser — und wenn notwendig noch eine Prise Salz — hinzu, legt die Fischstücke hinein und läßt alles zu einer biden Farcie kochen. Mit dieser Farcie füllt man die Pastetchen und backt sie bei guter Oberhitze.

Sardellen-Pastetchen. Sechs Sardellen werden klein gewiegt und in 60 Gramm guter Butter gedünstet; ein halbes Pfund gebratenes Kalbfleisch wird sehr fein gehackt, die Sardellen, eine Prise Salz, der Saft einer halben Zitrone werden tüchtig vermischt und zu zwei Schalotten gegeben. Dann gibt man diese Masse auf ganz schwaches Feuer, tut zwei Eßlöffel süße Sahne hinzu, rührt alles zusammen, zieht ein Eiweiß durch diese Farcie und füllt damit die heißen Pastetchen, welche vorher zubereitet worden sind.

Kleine Pasteten mit Kalbsmilch. Von einem viertel Pfund Butter und fünf Eßlöffeln Mehl macht man eine Schwiwe und gibt dazu zwei Eßlöffel feingewiegte Kräuter, eine Tasse süße Sahne und eine Handvoll gehackte Champignons. Ist die Masse glatt verrührt und erkaltet, so würzt man sie mit Salz und Pfeffer und tut fünf Eier daran. Zwei Kalbsmilchstücke werden weich gekocht, abgezogen und in kleine Würfel geschnitten. Dann tut man sie in die fertige Sauce und füllt die Masse in kleine noch ungedeckte Blätterteigpasteten und backt sie eine gute halbe Stunde. Vor dem Anrichten tut man auf jede Pastete ein Stück Sardelle.

Gesundheitspflege.

Schwitzkuren. Starkes Schwitzen hat bei Infektionskrankheiten (Grippe, Lungenentzündung) keine besondere heilsame Wirkung und befreit auch nicht den Körper, wie man früher glaubte, von Stoffwechselprodukten. Im Gegenteil sind die Schwitzprozeduren im Beginn von Erkältungskrankheiten sogar sehr schädlich, wenn es sich um Kranke mit schwachem Gefäßsystem oder Tuberkulose handelt, bei denen jedes Schwitzen den an sich geschwächten Organismus noch weiter schwächt. Wenn auch die Möglichkeit besteht, daß einige Bakterien durch den Schweiß ausgeschieden werden können, so darf doch diese Tatsache nicht allzu hoch veranschlagt werden. Wichtig sind jedoch Schwitzkuren in denjenigen Fällen, bei welchen es darauf ankommt, dem Organismus Wasser oder Substanzen, wie Kochsalz und Harnstoff, zu entziehen, also bei Herz- und Nierenkrankheiten, beim Bestehen von Hohlflüssigkeiten oder bei Erweiterung der Bronchien und bei Bronchialasthma. So leisten Schwitzprozeduren z. B. viel bei der chronischen Harnstoffvergiftung, die im Anschluß an Schrumpfnieren auftritt. Doch darf man die Schwitzprozeduren auch nicht übertreiben, um nicht durch eine Konzentrationsvermehrung des Blutes den Zustand zu verschlimmern. Beim Bronchialasthma dürfte der Erfolg von Schwitzkuren darauf beruhen, daß durch die Ueberhitzung eine krampflösende Wirkung erzielt wird. Die guten Ergebnisse bei Gelenkerkrankungen und bei der Gicht sind auf eine intensivere Durchströmung des ganzen Körpers und also auch der erkrankten Gewebe sowie auf eine Mobilisierung der Harnsäuredepots zurückzuführen. Bei chronischen Metallvergiftungen können durch die Ueberhitzung Arsen und Quecksilber zur Ausscheidung im Schweiß gebracht werden. Bei der Behandlung der Fettleibigkeit müssen Schwitzprozeduren hinter der diätetischen bzw. hormonalen Behandlung zurückstehen. Außerordentlich gut wirken sie aber bei juckenden Hautkrankheiten, ebenso bei der Augenheg Hautabhebung. Es ist aber nicht ratsam, eingreifende Schwitzkuren ohne ärztliche Ueberwachung zu unternehmen.

Will man Nervosität vom Kinde fernhalten, so gehört nicht nur zweckmäßige Ernährung und gute Körperpflege dazu, sondern nicht zuletzt auch eine vernünftige Tageseinteilung. Ein schulpflichtiges Kind muß nach Schluß der genügenden Zeit zur Erholung haben und sich möglichst im Freien tummeln können. Niemals aber soll ein Kind, nachdem das Gehirn durch den Unterricht angestrengt wurde, sofort daran gehen, die Schularbeiten anzufertigen. Weiterhin sollte die Stunde des Zubetgehens in den ersten Schuljahren auf spätestens 8 Uhr festgesetzt werden; größere Kinder können schon bis 9 Uhr aufbleiben. Abendliche und nächtliche Vergnügungen lind unter allen Umständen Gift für ein Kind, dessen Nachwirkungen nicht ernst genug zu nehmen sind.

Beim Küssen der Kinder macht sich so mancher nicht klar, welchen Gefahren die Kinder dadurch ausgesetzt werden. Natürlich ist es nicht immer leicht, jemand das Küssen der Kinder zu verbieten, ohne den Betreffenden zu kränken oder noch mehr. Fremden zumindest oder bekanntermaßen kranken Personen sollte man aber das Küssen der Kinder ohne Nachsicht und nötigenfalls rüchichtslos verbieten oder sonst un-

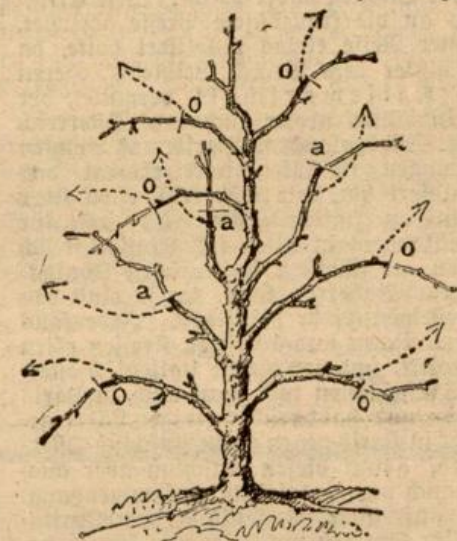
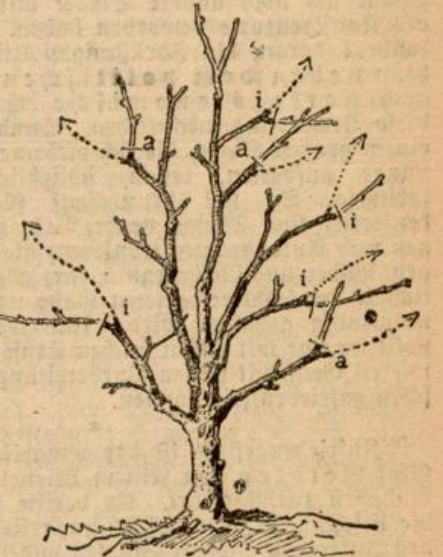
möglich meiden. In dem Wunde eines jeden wunden befindet sich nun einmal ein Heer von Bakterien. Es sind glücklicherweise meist gutartige; aber es können auch unmittelbar Krankheit erregende Bakterien dabei sein und sind es auch gewöhnlich in mehr oder weniger großer Zahl. Sie können für einen Erwachsenen als Träger völlig unschädlich sein, nicht aber für ein auch noch so gefundenes Kind.

Feld und Garten.

Zu breit oder hängend wachsende Obstbaumkronen.

Wie man hier bei jungen Bäumen durch zweckmäßigen Schnitt noch Wandel schaffen kann, zeigt zunächst hinsichtlich des Breitenwuchses Abb. 1, und zwar bezeichnet a den gewöhnlich üblichen Schnitt auf nach außen stehende Augen oder Knospen, i den abwechselnd hiermit auszuführenden Schnitt auf nach innen stehende Augen. Mit dem Schneiden im Winter und Frühjahr sollte man es aber nicht bewenden lassen, sondern auch im Sommer eingreifen, wenn es nötig ist und sich Gelegenheit bietet.

Der zweckmäßige Schnitt hängend



wachsender Obstbaumkronen ist hier in Abb. 2 gezeigt. Abgesehen von der Bezeichnung a, die sich nach der anderen Abbildung wiederholt, ist jeweils mit o der hier als Wechsel zweckmäßige Schnitt auf nach oben stehende Augen bezeichnet. Hinsichtlich Zeit und Häufigkeit gilt für den Schnitt das selbe wie vorhin. Obergärtner R. Richter.

Haustierzucht und -Pflege.

Wie soll der Papagei im Käfig sitzen?

Wenn der immerhin nicht leichte Vogel die Möglichkeit haben soll, in seinem Käfig nicht nur unbehindert, sondern auch unbeschadet zu sitzen und zu ruhen, so gehören dazu in erster Linie zweckmäßige Sitzstangen. Dazu werden vorteilhaft möglichst frische, berindete Äste genommen und von Zeit zu Zeit durch andere ersetzt. Der Papagei nagt gern daran, und Schnabelwuchs oder dergleichen wird man bei einem derart gehaltenen Vogel kaum finden. Die Äste sollen aber auch entsprechende Stärke aufweisen und werden durchschnittlich drei bis vier Zentimeter dick sein müssen.

Wer jedoch durchaus die im Handel erhältlichen gedrehten Sitzstangen verwenden will, muß wenigstens darauf achten, daß sie nicht aus zu hartem Holz bestehen und insbesondere nicht zu glatt sind. Im letzteren Falle, auch auf zu schwachen Sitzstangen oder solchen, die zur Verhinderung des Benagens mit binnem Blech beschlagen sind, kann sich der Papagei meist nur unter starker Anstrengung der Füße halten, und dann und wann fällt der Vogel auch einmal herunter. Abgesehen von dem Schaden, den der Papagei hierbei möglicherweise erleiden kann, entstehen unausbleiblich an den Füßen Geschwüre und Hautverhärtungen. Recht zweckmäßig sind dagegen gedrehte Holzstangen von konischer Form, also ungleicher Dicke. Nach Belieben kann sich hier der Vogel seinen Sitzplatz am dünneren oder stärkeren Ende der Stange suchen. Nur dürfen eben auch diese Stangen nicht zu glatt sein, und vor dem Schicksal des Benagens lassen sich die gedrehten Holzstangen mehr oder weniger bewahren, wenn der Papagei an dargebotenen frischen Zweigen, Holzstäben und ähnlichem Gelegenheit zum Knabbern hat. Daß der äußerst intelligente Papagei überhaupt nicht wenig Unterhaltung haben will, ist bekannt, und diesem Bedürfnis sollen denn u. a. auch die in fast allen größeren Käfigen vorhandenen Schaukeln bzw. Ringe dienen. Aber wenn auch der Käfig nicht zu klein ist und somit die Schaukel nicht noch mehr den Raum beengt, so fühlt sich der Vogel doch oft nicht wohl in ihr, wenn sie ihn — und das ist ja vielfach der Fall — am Ausstrecken und Auserschlagen der Flügel hindert. Wird jedoch eine Schaukel ausgiebig benutzt, so kann das Klirren und Dröhnen beim Anschlagen gegen das Käfiggitter in der Wohnung recht lästig werden. Mehr noch als eine der üblichen Schaukeln erregt gewöhnlich eine in der Käfigspitze oder an einem Aststiel befestigte kurze Kette — vgl. an einer solchen den Graupapagei hier in dem Käfig — das Wohlgefallen des Käfiginhabers. Es ist oft spaßig, den daran herumtorenden Vogel zu beobachten, und auf jeden Fall gibt eine solche Kette dem Papagei viel mehr Gelegenheit zu unbehinderter Bewegung und somit Unterhaltung als eine Schaukel. Außerdem kommt es nicht zu den erwähnten Geräuschen.

hat. Daß der äußerst intelligente Papagei überhaupt nicht wenig Unterhaltung haben will, ist bekannt, und diesem Bedürfnis sollen denn u. a. auch die in fast allen größeren Käfigen vorhandenen Schaukeln bzw. Ringe dienen. Aber wenn auch der Käfig nicht zu klein ist und somit die Schaukel nicht noch mehr den Raum beengt, so fühlt sich der Vogel doch oft nicht wohl in ihr, wenn sie ihn — und das ist ja vielfach der Fall — am Ausstrecken und Auserschlagen der Flügel hindert. Wird jedoch eine Schaukel ausgiebig benutzt, so kann das Klirren und Dröhnen beim Anschlagen gegen das Käfiggitter in der Wohnung recht lästig werden. Mehr noch als eine der üblichen Schaukeln erregt gewöhnlich eine in der Käfigspitze oder an einem Aststiel befestigte kurze Kette — vgl. an einer solchen den Graupapagei hier in dem Käfig — das Wohlgefallen des Käfiginhabers. Es ist oft spaßig, den daran herumtorenden Vogel zu beobachten, und auf jeden Fall gibt eine solche Kette dem Papagei viel mehr Gelegenheit zu unbehinderter Bewegung und somit Unterhaltung als eine Schaukel. Außerdem kommt es nicht zu den erwähnten Geräuschen.

R. Brinckmann.

Siehe ihr jegliche Intelligenz.

Sie sei zwar eigensinnig, aber nicht energisch. Das Motiv zur Tat selbst könne er sich nicht erklären. Sie sei kindlich im Sinne ihrer Unreife zu nennen. Der Paragraph 51 (Minderjährigkeitsgesetz) könne ihr nicht zugerechnet werden, auch der Paragraph 3 des Jugendgesetzes könne nicht in Anwendung kommen. Er stehe auf dem Standpunkt, daß sich die Neumann und Stolpe gegenseitig beeinflusst hätten.

Sanitätsrat Dr. Leppmann schildert sodann Stolpe in seinem Gutachten als einen Menschen, der zwar nicht schwachsinntig sei und bei dem auch keine Geistesstörung festgestellt werden könne, dessen ganzes Wesen letzten Endes aber das Verhalten eines Menschen darstelle, der von starken Affekten beherrscht sei. Über den Angeklagten Benzinger äußert sich dann noch Dr. med. Abraham, der in seinem Gutachten über ihn zu dem gleichen Schluß wie Sanitätsrat Dr. Leppmann kommt.

Der Sachverständige Medizinalrat Dr. Döhrenfurt befaßt die Überlegungsfähigkeit der Angeklagten und überläßt im übrigen die Entscheidung darüber dem Gericht. Dr. med. Groß sieht auf dem Standpunkt, daß die Neumann sicherlich sehr bald andererseits gescheitert wäre, wenn diese Tat nicht geschehen wäre, da sie ein moralisch minderwertiger Mensch sei. Hierbei setzt er sich in schroffen Gegensatz zu dem Gutachten Dr. Leppmanns. Prof. Kramer, der Leiter der psychiatrischen Abteilung der Charité, lehnt sich in völligem Umfang an das Gutachten des Sanitätsrats Dr. Leppmann an. Er geht in seinem Gutachten zuerst auf Stolpe ein, den er als einen Psychopathen bezeichnet, auf den aber nicht der § 51 des Strafgesetzbuches angewendet werden könne. Es sei Sache des Gerichts, im konkreten Fall zu prüfen, ob die Überlegungsfähigkeit bei ihm vorhanden sei oder nicht. Er selbst bezweifelt aber, daß die Überlegungsfähigkeit vorhanden gewesen ist.

Die Beweisaufnahme ist damit geschlossen. Dienstag früh Plaidoyer, Urteil frühestens Donnerstag.

Die verwechselten Säuglinge.

Die Mütter möchten wieder umeintauschen.

Eine Feststellungsklage, wie sie wohl kaum je schon dagesewesen sein dürfte, wird demnächst das Gladbacher Landgericht beschäftigen. Vor elf Jahren lagen in einem Wöchnerinnenheim zwei Frauen, die an ein und demselben Tage je einen Jungen zur Welt gebracht hatten. Als ihnen ein paar Stunden später die Kinder zum Stillen gereicht wurden, erklärte die eine der beiden jungen Mütter, daß

ihr Kind verwechselt

worden sei. Die andere Mutter konnte diese Behauptung nicht einwandfrei widerlegen. Als dann aber die Anstaltsleitung erklärte, daß eine Verwechslung ausgeschlossen sei, beruhigten sich die beiden Mütter und jede behielt das ihr zugewiesene Kind.

Vor einigen Tagen nun sah die eine der beiden Frauen auf der Straße einen Knaben, der ihrem Manne und ihrem älteren Sohne verblüffend ähnlich war. Sie fragte den Jungen, wer er sei, und erfuhr, daß er das Kind ihrer Zimmergenossin aus dem Gladbacher Wöchnerinnenheim war. Die Frau suchte sofort die Mutter des Knaben auf. Nach genauester Prüfung der beiden Knaben kamen die Eltern der Kinder zu der festen Überzeugung, daß sie elf Jahre lang die falschen Kinder aufgezogen hatten! Das Gladbacher Landgericht soll das jetzt ausdrücklich feststellen. Stellt es sich in seinem Urteil auf die Seite der Eltern, so müßte folgerichtig ein Umtausch der Kinder erfolgen. Ob das aber nicht viel schrecklicher wäre, als wenn man es so ließe, wie es gegenwärtig ist?

Tausend soll Gold vormachen.

Er will aber nicht.

Im Prozeß Tausend kommen jetzt die Sachverständigen zu Wort. Landgerichtsarzt Dr. Klamm meint, daß Tausend nicht geisteskrank ist. Tausend besitze die Fähigkeit, Anhänger zu gewinnen, er sei Psychopath mit hysterischem Charakter. Soweit er sich in materielle Angelegenheiten verstrickt habe, lüge er bewußt. Der erste technische Sachverständige, Professor Röntgen, kommt zu dem Ergebnis, daß das Gold von Tausend in betrügerischer Absicht in den Arbeitsprozeß eingeführt worden sei. Der Sachverständige für Chemie, Professor Hönigschmidt, kam in seinem Gutachten zu einem entschieden ablehnenden Standpunkt gegenüber dem Tausendscheinen Verfahren. In Anbetracht an die Erklärungen des Sachverständigen verkündete Tausend mit erhobener Stimme: „Jeder Laie weiß, daß eine Elementumtumbildung besteht, nur die Wissenschaft weiß es nicht.“ Auf die Frage des Vorsitzenden:

„Das einfachste wäre es, Sie würden uns Gold vormachen,“ antwortete Tausend: „Nein, das mache ich auf keinen Fall.“ Nach der Ablehnung weiterer Beweisanträge der Verteidigung und des Staatsanwalts wurde die Weiterverhandlung vertagt.

Abg. Münchmeyer in Aurich freigesprochen.

Der Angeklagte gegen den Staatsanwalt.

Der frühere Pfarrer und derzeitige Reichstagsabgeordnete Ludwig Münchmeyer hatte sich in Aurich freiwillig dem Gericht gestellt. Zu der Berufungsverhandlung waren 14 Zeugen aus verschiedenen Städten des Reiches geladen.

Es handelte sich darum, daß Münchmeyer im Jahre 1928 am Vorkum Deutsche Abende veranstaltet und sie, nachdem ihm die Vorkumer Säle gesperrt waren, unter freiem Himmel abgehalten hatte, und zwar auf einem Privatgrundstück. Am 25. Juli 1928 soll nun Münchmeyer im Verlaufe seiner Ausführungen einige Bemerkungen gemacht haben, die nach Ansicht einiger Zeugen einen Verstoß gegen das Republikshuldgesetz darstellten. Münchmeyer widerlegte die einzelnen Punkte der Anklage und bestritt u. a., die von einem Zeugen bekundete Aussage gemacht zu haben: „mit Waffengewalt die Regierung zu stürzen, aber auf legalem Wege“. Er bezeichnete diese Aussage als Unfalsch. Nach der Vernehmung weiterer Belastungsgenossen kam es zu einem Zwischenfall, als Staatsanwaltschaftsrat Jdeler sich erhob und dem Vorsitzenden die Akten fortnehmen wollte. Münchmeyer sprang erregt von seinem Platz auf und rief in den Saal: „Unglaublich, so eine Handlungsweise von einem Staatsanwalt!“

Die Zeugenvernehmung ergab keine belastende Momente, da die Zeugen sich der Vorgänge aus Vorkum nicht mehr genau entsinnen konnten und zugaben, daß die von dem Angeklagten gemachten Äußerungen und Redewendungen den von ihm wiedergegebenen Sinn gehabt haben könnten. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft selbst beantragte Freisprechung, und das Gericht verkündete das freisprechende Urteil. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Vierzig Jahre unschuldig im Zuchthause.

Auf Grund eines Indizienbeweises.

Vor 40 Jahren wurde in Drofa (Kreis Rötten) eine Frau ermordet. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich auf einen jungen Mann namens Theermann, der der Erbe der Frau war. Er bestritt aber die Tat und lenkte den Verdacht auf seinen Pflegevater, den Gastwirt Theermann in Neupzig, der daraufhin verhaftet wurde. Der alte Theermann beteuerte ebenfalls seine Unschuld und nannte drei Zeugen, die bekundeten, daß er zur Zeit der Tat in seiner Wirtschaft gewesen sei. Zwei der Zeugen bekundeten, daß sie gar nicht in der Wirtschaft gewesen seien, der dritte jedoch beschwor, Theermann sei in der Tat in seiner Gastwirtschaft gewesen. Er bekundete weiter, daß auch die beiden anderen Zeugen sich in der Gastwirtschaft aufhalten hätten. Sie wollten das aber nicht zugeben, da den Angeklagten der Domäne der Besuch dieser Gastwirtschaft verboten war. Der Gastwirt wurde daraufhin freigesprochen.

Die Ermittlungen wurden wieder aufgenommen und der junge Theermann wiederum unter Mordanfrage gestellt. In der Verhandlung wurde Theermann auf Grund eines Indizienbeweises zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Nachdem er über 40 Jahre im Zuchthaus gefesselt hatte, gestand nun ein Einwohner von Schönebeck, den Mord bei Drofa verübt zu haben. Theermann wurde sofort aus dem Zuchthause entlassen. Er ist ein körperlich und geistig gebrochener Mann, der sich mit der Zeit nicht mehr abfinden kann.

Spiel und Sport

B. I. S. B. Halber. Die mit großem Eifer angekündigten Spiele gegen den Lennep Turnerverein mußten in der letzten Minute abtelegraphiert werden, weil der Gemeindespielfeld einfach kein Spiel zuließ, denn der Schnee lag teilweise in einer Höhe von 35 cm. Leider sind die Halberaner, die sich zahlreich auf der Karls Höhe angesammelt hatten, um ein schönes Spiel gekommen, aber Lennep wird in einigen Wochen der Gast unseres Vereins sein.

Für kommenden Sonntag, den 8. Februar, hat die Leitung wieder einige Treffen in der Hand, die bestimmt dazu beitragen dürften, Zuschauer nach der Karls Höhe zu holen. Es ist für die Jugend und 2. Mannschaft der T. V. Breckersfeld mit seinen 2 Mannschaften verpflichtet. Die Breckersfelder haben recht gutes Können in den letzten Spielen bewiesen und so wird es auch hier in Halber nicht ausbleiben, den Gast als Sieger zu begrüßen.

Die erste Mannschaft des Turnvereins hat keinen geringeren als den Lüdenschneider Turnverein von 1861 zum Gegner. Die Lüdenschneider Mannschaft besteht zum weitaus größten Teil aus Studierenden, die einen ganz wunderbaren Handball spielen. Es gelang Lüdenschneider auch bekanntlich im Herbst vorigen Jahres, der Halberschen 1., die 3. Zt. vielleicht in bester Verfassung war, in Lüdenschneider mit einem 6:3 niederzuhalten. Aber in Halber wird der Sieg schwer umritten werden, auch unsere erste Mannschaft läßt sich so leicht keinen Sieg entreißen. Mit einem interessanten Treffen kann gerechnet werden, vorausgesetzt muß natürlich werden, daß die Wetterverhältnisse dieses zulassen. (Nähere Bekanntmachungen folgen am Donnerstag.)

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 2. Februar.

Studentenschlägereien vor der Wiener Universität.

Wien. Vor der Universität kam es zu Schlägereien zwischen nationalsozialistischen und sozialistischen Studenten. Die sozialistischen Studenten hatten auf den Anschlagstafeln und am Universitätsgebäude Aufrufe angebracht, in denen sie zur Nichtbeteiligung an den diese Woche stattfindenden Wahlen zur Studentenkammer aufforderten. Von den nationalsozialistischen Studenten wurden die Plakate überstrichen, wobei es zu Zusammenstößen zwischen den Studentengruppen kam. Als Burgenländer diente auch die Kleisterstraße. Schließlich machte berittene Wache den Schlägereien ein Ende.

Schwere Schneefürne über Schottland und England.

London. Schottland und der Norden von England hatten während des Wochenendes unter schweren Schneestürmen zu leiden, die erhebliche Störungen im Verkehr hervorriefen. Der Expresszug von Inverness nach London hatte eine Verspätung von dreizehn Stunden. Die Strecke zwischen Inverness und Perth war vollständig verschneit, so daß der Zug zunächst steilen Anstiegen und später einen Umweg von 250 Kilometern machen mußte. Aus fast allen Bezirken des schottischen Hochlandes wurden schwere Verkehrsstörungen gemeldet, die den Eisenbahn-, Automobil- und Autobusverkehr erschwerten und teilweise unmöglich machten, so daß vielfach die Reisenden aussteigen und bis zur nächsten Unterkunft durch Schnee und Nebel marschieren mußten.

Motorboot gekentert.

Drei Personen ertrunken.

Bei Almeria, an der Südküste Spaniens, ist ein Motorboot des englischen Dampfers „Vorca“ plötzlich infolge einer hohen Welle gekentert. Drei Personen fanden dabei den Tod.

Die Kürzung der Beamtengehälter vor dem Hauptausschuß des Landtages.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages beschäftigte sich mit der Vorlage über die Kürzung der Beamtengehälter. Nach der Aussprache wurde die Verordnung über die Gehaltskürzung durch Kenntnisnahme erledigt.

200karätiger Diamant gefunden.

Aus London wird gemeldet: Ein Diamant von 200 Karat, einer der größten der Welt, wurde am Sonnabend von zwei Diamantengravern in Westtransvaal entdeckt. Sie hatten sich Monate lang vergeblich bemüht und gerade ihre letzten Pfennige verzehrt, als sie auf den kostbaren Stein stießen. Der Stein ist der größte, der je in dieser Gegend gefunden wurde.

Beileid des Reichsverkehrsministers an die Witwe Plüschows.

Berlin. Reichsverkehrsminister von Guérard hat der Witwe des in Südamerika tödlich abgestürzten Fliegers Gunter Plüschow telegraphisch sein aufrichtiges Beileid ausgesprochen.

Kommunistischer Streikalarm im Hamburger Hafen.

Hamburg. Die Vertretertagung der Hafenarbeiter von Groß-Hamburg hat den sofortigen Streikalarm beschlossen. Dem zentralen Kampfausschuß sei die Festsetzung des Streikbeginns übertragen worden.

Drohender Lohnkampf im deutschen Schneidergewerbe.

Hamburg. Der Arbeitgeberverband für das deutsche Schneidergewerbe hat den mit dem Verband der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands abgeschlossenen Lohnvertrag für das gesamte Deutsche Reich zum 28. Februar gekündigt. Es wird beabsichtigt, einen den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Lohnabbau vorzunehmen. Die Gewerkschaften wollen es eventuell auf einen Lohnkampf ankommen lassen.

Sultan Khan flieht über Tartarow.

Semmering. In letzter Partie des Schachweltkampfes am Semmering zwischen dem Sultan Khan und Tartarow verlor der polnische Großmeister; er mußte im 78. Zuge aufgeben. Damit war der Zweikampf beendet, den Sultan Khan mit 6½ : 5½ Punkten bei 4 gewonnenen und 5 unentschiedenen, sowie 3 verlorenen Partien für sich entschied.

Schlachtviehberichte:

	Elberfd.	Köln	Dortmd.	Elberfd.	Köln	Dortmd.
Ochsen	54-56	50-54	52-55	Fresser	40-45	42-52
		45-48		Rälber		70-90
	48-53	46-49	46-48		60-65	60-65
		40-44			50-59	54-58
	43-47	36-40	42-44		45-49	50-53
				Schafe		50-53
Bullen	48-50	49-52	48-50			
	44-47	44-48	44-47			47-47
			41-43			
				Schweine	56-58	52-55
Kühe	45-47	44-48	42-45		56-58	52-56
	38-44	40-44	37-40		56-58	50-55
	30-37	34-38	32-35		54-55	
	25-29	26-32	25-30		50-53	48-50
Färjen	52-54	49-52	48-51			
	45-51	43-48	44-47			
			40-43	Sauen	48-50	42-48

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halber i. Westf.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am 17. Februar 1931, 10 Uhr an der Gerichtsstelle, Zimmer 95 das im Grundbuch von Halber, Band 27, Blatt Nr. 472 (Eigentümer Schreinermeister Wilhelm Köpfing in Halber) eingetragene Grundstück Flur 30, Parzelle Nr. 4, Wohnhaus mit Hausgarten Halber, Gartenstraße 12, 10,82 ar groß, Nutzungswert 1200 Mark, versteigert werden. Lüdenschneider, den 12. Dezember 1930. Das Amtsgericht.

Bäuerl. Bezugs- u. Abz. Genossenschaft Halber.

Bestellungen von Düngemitteln aller Art, Saatkartoffeln, Saathafer.

Klee u. Grasfasen u. Drainröhren, sowie Anmeldungen zur Reinigung v. Saatkartoffeln werden noch bis 15 Febr. ds. Js. entgegengenommen.

Bezugs- u. Abz. Genossenschaft Anschlag.

Zur Frühjahrs-Bestellung

erbittet bis zum 12. ds. Mts. die Angaben zu machen über erforderliche Mengen sämtl. Düngemittel, Pflanzkartoffeln, Klee- u. Grasfasen. Der Geschäftsführer.

Gedenket der hungernden Vögel

Todes-Anzeige.



Es ist bestimmt in Gottes Rat, Daß man vom Liebsten was man hat, muß scheiden.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute abend um 11,45 Uhr unser liebes, unvergeßliches Söhnchen, mein herziges Brüderchen und unseren lieben Enkel und Neffen

Günther

im zarten Alter von 1 Monat und 2 Tagen wieder zu sich zu nehmen.

Dieses zeigen an in tiefer Trauer:

Familie Lausberg, Familie Joh. Herbst.

Halber, den 1. Februar 1931.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 4. ds. Mts. nachm. 3 Uhr vom Sterbehause, Kölnerstr. 65 aus statt.

Trauerdrucksachen

liefert schnellstens Wilh. Bell jr., Halber.



Die Freiwillige Feuerwehr Bürrhausen

feiert am Sonntag, dem 8. Februar ds. Js. im Vereinslokale Th. Crammnerl ihr

Winterfest

durch Konzert, Theater und BALL.

Saallöffnung 4 Uhr. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

Die beste Reklame ist und bleibt ein Zeitungs-Inserat.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 4. ds. Mts. nachm. 3 Uhr vom Sterbehause, Kölnerstr. 65 aus statt.

Dieses zeigen an in tiefer Trauer:

Familie Lausberg, Familie Joh. Herbst.

Halber, den 1. Februar 1931.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 4. ds. Mts. nachm. 3 Uhr vom Sterbehause, Kölnerstr. 65 aus statt.

Dieses zeigen an in tiefer Trauer:

Familie Lausberg, Familie Joh. Herbst.

Halber, den 1. Februar 1931.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 4. ds. Mts. nachm. 3 Uhr vom Sterbehause, Kölnerstr. 65 aus statt.

Dieses zeigen an in tiefer Trauer:

Familie Lausberg, Familie Joh. Herbst.

Jagdverpachtung.

Auf Grund des § 21 Abs. 5 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 (G. S. S. 207) wird hiermit im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. Januar d. Js. bekannt gemacht, daß die öffentlich meistbietende

Verpachtung der Jagdnutzung

in dem Jagdbezirk 13 (Raffenberg bei Brügge) der Gemeinde Lüdenschneider Land am Donnerstag, den 19. Febr. 1931, nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Wirtes Ferd. Niggeloh zu Brügge nach Maßgabe der öffentlichen Bedingungen stattfindet.

Lüdenschneider, den 2. Februar 1931.

Der Jagdvorsteher.

Gebrauchte fast neue

Waschmaschine

hat billig abzugeben

Joh. Ehr.

Herdepe Söhne,

Halber, Febr. 160.

Landwirtschaftlicher Verein Halber.

Ber Sammlung

Freitag, den 6. Febr. nachmittags 4 Uhr im Gasthof zur Post.

Tagesordnung:

1. Vortrag von Pastor a. D. Ackermann über: Ablösung von landwirtschaftlichen Hypotheken durch Bauparkassen.
2. Steuerangelegenheiten.
3. Bestellung von Silozucker.

Um zahlreiches Erscheinen bitten

Der Vorstand.

Sind Ihre Wollschafen

noch so zerissen,

bei

Gust. Borlinghaus

Kierspe-Bahnhof,

Widenhöfen

wird der Schaden

repariert.